

Hansestadt Stendal		Antrag	Datum: 02.10.2024
Amt:	0.1 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Az.:		A VIII/008	
TOP:	Antrag der Fraktion AFD- Asylbewerber zur Arbeit verpflichtet		

Beratungsfolge:		Beratungsergebnis:	
Stadtrat	am:	21.10.2024	

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bedarf an Hilfsarbeitern und damit offenen Stellen in der nicht-gewerblichen kommunalen Grünflächenpflege in der Hansestadt zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Prüfung soll dann an den Landkreis Stendal übermittelt werden, um eine zeitnahe Besetzung dieser offenen Stellen mit Asylbewerbern zu realisieren. Die Verrichtung dieser Tätigkeiten soll einerseits zur Verbesserung der Ordnung im Stadtbild und in den Ortsteilen beitragen und andererseits den Asylbewerbern eine sinnvolle Beschäftigung bieten.

Begründung:

Der Kreistag hat zuletzt beschlossen, dass Asylbewerber künftig zur Aufnahme von Arbeit verpflichtet werden sollen. Landrat Patrick Puhmann hat seine Ablehnung damit begründet, dass diese Möglichkeit bereits bestehen würde. Mangels entsprechender Nachfrage durch die Städte und Gemeinden sei der Landkreis Stendal aber gar nicht zur Zuteilung von Arbeitskräften in der Lage gewesen. In Stendal und vor allem in den Ortsteilen gibt es allerdings viele Grünflächen, etwa im Stadtseegebiet, welche dringend einer Pflege bedürfen. Und gleichzeitig gibt es zahlreiche Asylbewerber, die ohne Beschäftigung sind. Im Rahmen einer Vermittlung dieser Menschen schafft man jetzt einen Mehrwert für alle Beteiligten. Durch mehr Ordnung verschönert sich das Stadtbild, die Asylbewerber können einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen und werden damit zumindest zeitweise in den zweiten Arbeitsmarkt integriert und die Gesellschaft bekommt die Botschaft vermittelt, dass die Betroffenen für die jahrelangen finanziellen und sachlichen Leistungen nun auch eine Gegenleistung zu erbringen haben. Eine zeitnahe Umsetzung ist daher absolut erwünscht.

Bausemer, Arno
Einreicher

Anlagenverzeichnis:

Originalantrag der Fraktion AFD